

Energiekrise: Besorgte Unternehmer fordern schnelleres Handeln



IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber betont vor rund den 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Infoveranstaltung, dass „Wirtschaft und Gesellschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, da die Energiekrise nur gemeinsam gestemmt werden kann“. Foto: IHK zu Dortmund/Oliver Schaper

Die Energiekrise und die damit einhergehenden gestiegenen Kosten haben längst ein Ausmaß erreicht, das für zahlreiche Betriebe existenzbedrohend ist. Hinzu kommen massive Lieferengpässe, die der hiesigen Wirtschaft mehr und mehr zu schaffen machen. Vor diesem Hintergrund hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund am 20. Oktober gemeinsam mit dem Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und

Umgebung e. V. unter dem Titel „Quo vadis, Energieversorgung? Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft“ einen Infoabend veranstaltet, um eine Einschätzung der aktuellen Lage zu geben sowie betroffenen Unternehmen Orientierung und die Möglichkeit zu bieten, sich untereinander auszutauschen.

IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber fasste vor den rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gleich zu Beginn mit eindringlichen Worten den Ernst der Lage zusammen: „Die Telefone stehen bei uns nicht mehr still. Und wir hören eines immer wieder deutlich: mehr Tempo! Die Unternehmen erwarten Entscheidungen seitens der Politik – sie brauchen Sicherheit.“ Im selben Atemzug warnte Schreiber ausdrücklich vor einer gesellschaftlichen Spaltung: Wirtschaft und Endverbraucher dürften mit ihren jeweils eigenen Sorgen und Nöten nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn „diese Krise können wir nur gemeinsam stemmen“.

Welche Maßnahmen die Politik aktuell erörtert oder bereits auf den Weg gebracht hat, und wie es derzeit um die Energieversorgung steht, fasste Louise Maizière zusammen, Referatsleiterin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin. Deutschland verfüge innerhalb der EU über die größten Speicherkapazitäten für Gas, und diese Speicher seien trotz des russischen Lieferstopps schon fast voll (96 Prozent) – Lieferungen kämen nun vermehrt aus den Niederlanden, Belgien und jüngst auch Frankreich. „Die Situation ist besser, als erwartet.“ Zudem habe die Politik bereits eine Reihe von Forderungen der IHKs aufgegriffen, etwa im Hinblick auf eine Senkung des Arbeitspreises für die Industrie. Dennoch wies Maizière mehrfach auf laufende Abstimmungsprozesse hin – auch auf EU-Ebene –, die schnelle Entscheidungen hinauszögerten.

Dominik Gertenbach indes, Vertriebsleiter der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH, wies explizit darauf hin, dass „wir in Deutschland und der EU nicht bloß eine Gas- sondern eine generelle Energiekrise haben“. Dies insbesondere

auch mit Blick auf die immense Preissteigerung auf dem Strommarkt, die in der Spitze bis zu 2000 Prozent betragen habe im Vergleich zum 1. Januar 2021. Diese Preisanstiege gingen einher mit teureren Krediten für die Unternehmen, was wiederum zu sinkender Liquidität führe, die erneut in höheren Preisen auf dem Markt resultiere. Ausdrücklich wies er darauf hin, dass das Problem nicht überstanden sei, wenn der kommende Winter vorbei ist. „Wir müssen hier langfristig denken. Und wir müssen so wirtschaften können, dass wir auch im Winter 2023/2024 handlungsfähig sind.“

Ins gleiche Horn stieß Jan Zillmann, Geschäftsführer der Jäckering Mühlen- und Nährwerke GmbH in Hamm, und schilderte als Unternehmer die Auswirkungen der Krise auch unter einem weiteren Aspekt: „Die Unternehmen sind aufgerufen, Energie zu sparen. Doch wenn Unternehmen sparen, bedeutet das oft, dass sie weniger produzieren. Das sind Produkte, die anderen dann fehlen. Und genau das spüren wir in unserem Betrieb deutlich anhand unterbrochener Lieferketten.“ Mit Blick auf die Energiekrise und die längere Laufzeit von Atomkraftwerken hoffe er „auf mehr Pragmatismus, und weniger Idealismus“.

Die gestiegenen Preise an die Kunden komplett weiterzugeben, sei illusorisch, hob Dr. Andreas Denstorf hervor, Geschäftsführer der Ernst Schad GmbH in Dortmund. In seinem Beitrag legte er den Fokus vor allem auf produzierende Unternehmen im internationalen Wettbewerb. „Unsere Kunden in den USA können diese immensen Preissteigerungen nicht nachvollziehen. Und wenn wir sie ihnen erläutern, lautet die Antwort: Dann kommt zu uns und produziert hier in den USA. Etwas, das wir angesichts der niedrigeren Produktionskosten dort und der hohen Subventionen zur Ansiedlung von Industrie in Nordamerika auch durchaus erwägen müssen.“

In der anschließenden Diskussions- und Fragerunde, moderiert vom stellvertretenden IHK-Hauptgeschäftsführer Wulf-Christian Ehrich, wurde vor allem deutlich, dass die hiesigen Unternehmen seitens der Politik auf schnellere Entscheidungen

und weniger Bürokratie pochen. „Mein Eindruck ist: Die Dimensionen, wie viel Energie gebraucht wird und wo sie künftig herkommt, das ist in Berlin noch gar nicht klar“, sagte ein Unternehmer. „Wir fahren Kohle und Atomkraft runter, aber bis die Infrastruktur für Alternativen steht, vergehen noch Jahre. Die gesicherte Leistung geht immer weiter herunter.“

Die IHK zu Dortmund informiert nun in drei Webinaren über die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten und gibt Einblicke das politische Geschehen in Berlin und Brüssel. Sie sind identisch aufgebaut und werden jeweils um aktuelle Entwicklungen ergänzt. Die Webinare finden statt am 8. November, 22. November und am 6. Dezember, jeweils von 12:00 bis 13:00 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen zur Zuschaltung sowie zu weiteren Info-Angeboten der IHK zum Thema Energie – etwa regulatorische Änderungen, Veranstaltungen, Fortbildung von Auszubildenden zu Energiescouts oder Energie-Effizienznetzwerken: Torsten Mack, Tel. 0231 5417-274, E-Mail: t.mack@dortmund.ihk.de